

BESCHLUSS

aus der 17. Sitzung
der Gemeindevertretung
am Montag, 17.07.2023

Anträge

Tagesordnungspunkt 8.9

[VL-189/2023](#)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bzgl. der Ergänzung der Katzenschutzverordnung der Gemeinde Edermünde um eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen

„Die Gemeindevertretung beschließt:

Die Katzenschutzverordnung der Gemeinde Edermünde vom 17.11.2016 wird durch eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen ergänzt.“

Gemeindevertreterin Dr. Claudia Künweg begründet den Antrag wie folgt:

Die Kastrationspflicht für Katzen mit Freilauf verhindert die unkontrollierte Fortpflanzung und somit die Anzahl an unerwünschten und verwilderten Katzen, die oft unter Mangel an Nahrung und medizinischer Versorgung zu leiden haben. Unkastrierte Kater sind sehr oft Opfer von Verletzungen (Kämpfe, Autounfälle) auf ihren Wanderungen zur Fortpflanzung und Revierverteidigung. Unkastrierte weibliche Freigänger werden regelmäßig sehr früh trächtig und können dann mehrere Würfe pro Jahr haben, was zu Leid und Problemen bei der Mutter und den Nachkommen führt. Eine Kastrationspflicht ist somit ein wichtiger Schritt für mehr Tierschutz, der als Staatsziel im Grundgesetz verankert ist. Diese Maßnahme entlastet somit auch die Tierheime. Weiterhin wird die Verbreitung einiger Infektionskrankheiten durch diese Kastrationspflicht eingedämmt. Dies betrifft sowohl die Übertragung der Erkrankungen von Katze zu Katze, aber auch auf den Menschen übertragbare Erkrankungen (Toxoplasmose, Spulwürmer etc.), da unkastrierte Tiere zum Teil sehr weite Wege zurücklegen, während kastrierte Katzen in der Regel sesshafter sind. Die Vermehrung freilaufender Katzen hat mit planmäßiger Zucht und Gesundheitsfürsorge nichts zu tun, sondern entsteht oft aus Unwissenheit über die frühe Fortpflanzungsfähigkeit oder aus wirtschaftlichen Gründen. Die Nachbargemeinden von Edermünde sind diesen Schritt schon vor Jahren gegangen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Günter Rudolph beantragt, den Antrag zur Beratung und abschließenden Beschlussfassung in den Ausschuss für Bau- und Umweltfragen zu verweisen. Die Antragstellerin solle Lösungen zur praktischen Umsetzung darstellen und der Verwaltung verschiedene Verordnungen zusammenstellen und vorlegen.

Gemeindevertreterin Dr. Claudia Künweg ergänzt, dass eine Kastrationspflicht auch den Tierärzten als Argumentationshilfe dienen könne.

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Verweisung des Antrages zur Beratung in den Ausschuss für Bau- und Umweltfragen und abschließenden Beschlussfassung in der Gemeindevertretung.

Abstimmungsergebnis über den Verweisungsantrag des Fraktionsvorsitzenden Bündnis 90/Die Grünen Oliver Steyer:

8 Ja-Stimme(n), 18 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)
Der Verweisungsantrag wird damit abgelehnt.

Abstimmungsergebnis über den Verweisungsantrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden Günter Rudolph:

24 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 4 Stimmenthaltung(en)
Dem Verweisungsantrag wird zugestimmt.

Edermünde, 26.07.2023